

Messerverbotszonen in Berliner Bahnhöfen: Sicherheit für Reisende!

Bundespolizei führt vom 26. Mai bis 30. Juni Messerverbotszonen an Berliner Bahnhöfen ein, um Gewalt zu reduzieren.



Berlin, Deutschland - Am 26. Mai 2025 hat die Bundespolizei an mehreren wichtigen Bahnhöfen in Berlin neue Messerverbotszonen eingeführt. Diese Regelung soll im Zeitraum vom 26. Mai bis zum 30. Juni, täglich von 14 Uhr bis 4 Uhr des Folgetages, gelten. Die betroffenen Bahnhöfe umfassen unter anderem den Hauptbahnhof, den Zoologischen Garten, die Friedrichstraße, Alexanderplatz sowie Gesundbrunnen und Spandau. Ziel dieser Maßnahme ist es, Gewaltstraftaten zu verhindern und sowohl Mitreisende als auch Polizeibeamte zu schützen. In Berlin kommt es im Durchschnitt zu zehn Messerangriffen pro Tag, was die Dringlichkeit solcher Maßnahmen unterstreicht.

Wie **rbb24** berichtet, umfasst das Verbot eine Vielzahl von gefährlichen Gegenständen. Dazu zählen Feuerwaffen, wie Pistolen, Revolver und Gewehre, sowie Scheren mit einer Klingenlänge von über 6 cm, Äxte, Baseballschläger und weitere potenziell gefährliche Utensilien. Ein Verstoß gegen diese Regelungen kann zu Sicherstellungen der verbotenen Gegenstände und Zwangsgeldern führen.

Dauerhafte Verbotszonen in Berlin

Zusätzlich zu den temporären Verbotszonen an den Bahnhöfen wurden bereits im Februar 2025 dauerhafte Waffen- und Messerverbotszonen in bestimmten Stadtteilen Berlins eingerichtet. Diese Zonen befinden sich im Görlitzer Park, am Kottbusser Tor und am Leopoldplatz. Die **Tagesspiegel** hebt hervor, dass diese Entscheidung von der Senatsverwaltung unter Innensenatorin Iris Spranger getroffen wurde, um die steigende Messergewalt zu bekämpfen. In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der Messerangriffe in Berlin stetig gestiegen. 2023 wurden 3.482 solcher Angriffe registriert, ein Anstieg um 5 % im Vergleich zu 2022.

In diesen dauerhaften Verbotszonen ist es strikt untersagt, Waffen, Messer sowie Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen mitzuführen. Ausnahmen gelten für Einsatzkräfte, Restaurantbetreiber sowie Rettungskräfte, insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen. Die Polizei hat die Befugnis, stichprobenartige Kontrollen durchzuführen, und Verstöße können mit Geldbußen von bis zu 10.000 Euro geahndet werden. **rbb24** berichtet, dass zur besseren Kontrolle der Messerkriminalität eine neue Sondereinheit beim Landeskriminalamt eingerichtet wurde.

Kritik an den Maßnahmen

Trotz der Maßnahmen gibt es Kritik von verschiedenen Seiten. Politiker und Vertretungen der Polizeigewerkschaft äußern Bedenken bezüglich der Effektivität der Verbotszonen. Kritiker

argumentieren, dass sie stigmatisierend wirken und keine nachhaltige Lösung für die komplexe Gewaltproblematik bieten. Innensenatorin Iris Spranger und der regierende Bürgermeister Kai Wegner betonen jedoch die Notwendigkeit dieser Verbotszonen als Teil einer Gesamtstrategie gegen Messerkriminalität.

Die verbotswidrig mitgeführten Gegenstände können von der Polizei eingezogen werden, ohne dass ein konkreter Verdacht vorliegen muss. Solche Maßnahmen sind notwendig, um die Sicherheit der Bürger zu erhöhen und die steigende Anzahl an gewalttätigen Vorfällen zu reduzieren.

Details	
Vorfall	Messerangriff
Ursache	steigende Anzahl von Messerangriffen
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesspiegel.de • www.rbb24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net